

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 395.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 198.

Erste Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon-Nr. 229. Die Zeit. Die erscheint täglich ausser an Sonn- und Feiertagen. Preis 1/2 Mark. Postamtlich. 3. Unterstufungsplatz (Sonntagsblatt). Banko. Stettin.

Abgabegebühren f. d. festgelegten Zeitteile od. deren Raum f. Gall 15 Wg. unabh. 20 Wg. Amtl. Ausgaben 30 Wg. Bestellen am Schick d. reaktionlosen Zeit d. Zeit 75 Wg. Nachg. -Kassche d. d. Expedition in Gall 6. 5. W. Bei allen bekannten Nummern-Ergänzungen.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon-Nr. 229. Die Zeit. Die erscheint täglich ausser an Sonn- und Feiertagen. Preis 1/2 Mark. Postamtlich. 3. Unterstufungsplatz (Sonntagsblatt). Banko. Stettin.

Donnerstag, 24. August 1905.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Schöle in Halle a/S.

Rußlands Zukunft und die Deutschen.

Mit der Verkündung der Verfassung hat für Rußland eine Schicksalswende begonnen. Wenn die Reichsduma auch keinen Verzicht des Zaren auf die Selbstherrlichkeit gebracht hat, der für jeden Kenner der Besonderheiten des russischen Lebens von vornherein als ausgeschlossen gelten mußte, so birgt die neue Einrichtung doch in sich den Keim zu einer der russischen Eigenart entsprechenden ständischen Verfassung. Das mag für Wortflatter, Paragrafenfuge und sonstige formalistische Gelehrthe, die namentlich in Deutschland wild wuchsen wie Unkraut, unwersächlich erscheinen, ein Blick auf die Geschichte aber lehrt uns, daß der Erlaß des Zaren einen entscheidenden Schritt bedeutete. Es ist doch recht tief, wenn selbst gut bürgerliche Blätter in Deutschland die akademische Frage aufwerfen, ob denn auch der Nachfolger des Zaren an diesen Ulas Nikolaus des Zweiten gebunden sein und ihn nicht etwa zurücknehmen werde. Mag immer der „Borwärts“ über die Augen für die Reichsduma spotten und das geschichtliche Ergebnis eine Verfassung nennen, welche diese Verfassung unmöglich machen soll, ein Parlament, das von der Willkür des Zaren und des Strafrichters abhängig sei und keinerlei Macht und Einfluß habe; der Gang der Geschichte wird auch in Rußland vorwärts und nicht rückwärts führen. Wie aus dem Scheinparlament der Notabeln der französische Nationalkonvent erwuchs, wird auch der russische Duma ein wirkliches Nationalparlament entwickeln. Denn der Hauptschritt ist doch getan: es ist eine Stätte geschaffen, in der das russische Volk über sich und sein Geschick beraten und seine Stimme bis zum Zaren dringen kann. Mehr konnte kein Verständiger zunächst verlangen. Etwas für Rußland das Mittelstadium einer verantwortlichen Parlamentsherrschaft mit gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht zu fordern, hieße mutwillig den Wid verschließen vor der Genennung aller nationalen Aktionskraft, die ein solcher Schritt für Rußland bedeuten würde.

Man vergegenwärtige sich, um das zu verstehen, nur die radikale Genügnung der heutigen Gebildeten Rußlands, von der selbst ein großer Teil des Landvolkes ergriffen ist, und man vergegenwärtige sich die ungleichen Gegensätze, die zwischen den konfessionellen und nationalen Gruppen des Zarenreiches bestehen! Allerdings bilden die Russen eine Mehrheit in ihrem Reiche gegenüber den Deutschen, Letzen, Esten, Litauern, Polen, Muthenen und den zahlreichen südlichen Völkern. Aber den Russen selbst fehlt es an jener Gemeinsamkeit nationaler und monarchischer Begriffe, da selbst die Kleinrussen eine starke Neigung zeigen, sich von dem Zaren der Moskowiter loszureißen.

Diese furchtbare Zersplitterung erklärt auch hauptsächlich die Verschiedenartigkeit der Unruhen, von denen das weite Reich jetzt durchzittert ist. Wollte man diese Aufständischen einmal in einem Parlament vereinigen, so würde man erleben, wie sie untereinander sich die Köpfe einschlagen. Der internationale Anarchismus, der diese in ihren Ursachen ganz verschiedenen Unruhen in ein gemeinschaftliches Netz zu leiten trachtet, ist die einzige wirklich große Gefahr für das Zarenreich. Dies tritt handgreiflich hervor in den Unruhen, von denen die Dnieperprovinz jetzt ergriffen sind. Wenn in Kijew und anderen Orten der Böbel Attentate auf die jüdische Bevölkerung machte, wenn in Daku die Karlaeren die Armenier quälten und hinschlachteten und in Polen der fanatisierte Saufe die russischen Beamten ermordete, so waren das alles Ausbrüche provinzieller Unzufriedenheit und noch kein Anzeichen einer allgemeinen Revolution. Aber in Deseja, wo das Geringste unter anarchischer Führung mit den meuternden Matrosen fraternisierte, hob die Revolution ihre Fackel auf, und in den Dnieperprovinzen verengte diese jetzt die blühende Kultur, die das Deutschtum in diese Gegenden hineingetragen hatte. Auch dort rächt sich jetzt, daß die Wioniere des Russentums die Achtung vor jeder Autorität untergraben haben. Vergessen wendet sich nun der Gouverneur von Kurland, Oberbevollmächtigter an die Bevölkerung seines Gouvernements in

der Mahnung zur Ordnung und Ruhe. Die Geister, die er gerufen, wird er sobald nicht loswerden, denn die anarchischen russischen Studenten haben sich nur der Bewegung unter den Ketten bemächtigt, die von den Russen selbst entsetzt war. Aber die Deutschen, die Jahrhunderte lang ihre Stellung im Lande behauptet haben, werden durch die blutigen Ereignisse zur Selbsthilfe getrieben, und in ihrem Zusammenstöße wird vielleicht für das Zarenreich der Keim einer Befundung seiner sozial gerüttelten Verhältnisse liegen. Vielleicht ist dieser Vorgang typisch, denn was immer die Zukunft Rußlands im Schoße bergen mag; Frieden und Wohlstand wird das Land nur finden können, wenn es sich zu Ordnungsliebe und Maßhalten zurückfindet, die der eigentlichen russischen Gesellschaft ganz und gar abhanden gekommen sind.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 23. August.

* Aus Deutsch-Südwestafrika. Bei der Verabschiedung des Generals v. Trotha von dem Wechsel auf dem Gouverneursposten in Windhof ist dem General zugleich unter Anerkennung seiner militärischen Verdienste die bestimmte Erwartung ausgesprochen worden, daß er noch bis zum Oktober auf seinen Posten ausharren werde. Welsch wird davon gesprochen, daß dann die fernere Leitung der militärischen Maßnahmen im südwestafrikanischen Aufstandsgebiete dem Obersten Deimling anvertraut werden würde, der nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in der Heimat wieder hergestellt ist. Oberst Deimling hatte das Unglück, im Frühjahr während der Hauptgelecke gegen die Witboi mit dem Pferde zu stürzen und sich den Arm zu beschädigen.

* Deutsch-Ostafrika. Der Kommandant des „Buffard“ meldet unterm 22. d. Mts.: Oberleutnant zur See Baasche hat den Angriff der Kifusleute auf sein Lager am 19. und 20. d. Mts. erfolgreich zurückgeschlagen. Er meldet, daß alles wohl ist und daß er nordwestlich nach Mowoni weiter vorgeht. Am 25. d. Mts. wird voraussichtlich eine Abteilung der Schutztruppe in Niambivini eintreffen. Der Aufstand hat sich südlich von Kilwa bis zum Moenkuru-Flusse an der Grenze des Vindi-Bezirks ausgebreitet.

* Deutschland und Frankreich an der Grenze von Kamerun. Die Pariser Liberté schreibt, daß nach einer vom Kolonialministerium erhaltenen Nachricht die deutsche und die französische Mission, die im Begriffe stehen, unverzüglich die Arbeiten zur Feststellung der Grenze zwischen Kamerun und dem französischen Kongogebiete aufzunehmen, die Wilhelm-Mission-Angelegenheit einen Bericht aufstellen würden, der in jeder Hinsicht zuverlässig und unparteiisch sein werde.

* Zur Charakteristik des Kronprinzen und des Prinzen Gisel Friedrich von Preußen liefert die Allg. w. luth. Kirchenzeitg. einen interessanten Beitrag. Anknüpfend an die Frage der Wiedergabe des norwegischen Thrones schreibt das Blatt: „In London will man wissen, wie dachten an den Prinzen Gisel Friedrich von Preußen. Dieser Liebhaber der Britenamer soll durchaus liberal Präsident spielen. Früher hieß es, er werde zum König von Ungarn gestiftet werden und lerne darum bereits eifrig magyarisch. Natürlich ist das Unsinn. Wir können diesen begabten Jüngling sehr gut selber gebrauchen. Sein Bruder, der Kronprinz, ist ein schlichter, treuer Mensch vom Typus Friedrich Wilhelms III., hat die Natur des Vaters, aber nicht dessen Feuergeist. Gisel Friedrich hat umgekehrt der Mutter Gestalt und Gesichtszüge geerbt und dabei den Gedankenhaushalt der Großen unter den Jollern. Soll er nun eben eine solche Rolle spielen, wie 1870 Prinz Leopold mit der spanischen Kandidatur? In London würde man sich nicht genieren, das Paris von damals zu kopieren. a Berlin, a Berlin!“

* Beförderung des Kronprinzen. In den militärischen Kreisen Berlins erwartet man, wie unser Berliner „N. C.“ Mitarbeiter schreibt, daß der Kronprinz im Laufe des kommenden Monats September zum Major befördert und gleichzeitig zu einem der Potsdamer Garde-Kavallerie-Regimenter, vermutlich zu dem der Garde-du-Corps, befestigt werden wird. Wie es heißt, dürfte dies bei Gelegenheit des großen regelmäßigen Manöverschlusses erfolgen. Managements, vielleicht aber auch schon nach der Herbstparade, geschehen, die diesmal am 2. September auf dem Tempelhofer Felde stattfinden wird.

* Der Wächter der Kaiser wird sich, wie verlautet, demnächst von Wilhelmsruhe nach Schloss Friedberg bei Weißenberg begeben, um seinem Schwager und seiner Schwägerin, dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, sowie dem dort weilenden Kronprinzenpaare von Griechenland einen Besuch abzustatten. Dem Wächter nach ist dieser Ausflug für Mittwoch geplant, und zwar im Anschluß an den Besuch des Monarchen

im Sommerlager bei Paderborn. Wie weiter gemeldet wird, hat er starker nach einer aus dem Hofmarktskallente in Zborn ange-troffenen Beobachtung von der Teilnahme an der großen Festungsriegelübung bei Zborn definitiv Abstand genommen.

* Prinz Gisel Friedrich von Preußen wird Mitte September mit Gefolge zur Hochzeit in Paderborn eintreffen und während seines auf acht Tage berechneten Aufenthaltes daselbst im Hof-hotel Wohnung nehmen.

* Verlangensnachrichten. Der Direktor der National-Anstalt des Auswärtigen Amtes, Dr. C. Luebel, beantragt Anfang September seinen in Toposifits (Steiermark) verdrachten Urlaub. — Der „Reichsanzeiger“ meldet am 19. d. Mts.: Der königliche Gesandte in München Wilhelm Geheimen Rat Graf von S. a. r. a. l. e. hat für sich nach Berlin begeben, um persönlich die Vertretung des bes- verordneten Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Während der Dauer seiner Abwesenheit von München werden die Geschäfte der Gesandtschaft von dem einsatzfähigen Sekretär, Legationsrat Freiherrn von Werbern geführt. — Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ernennung des bisherigen Postrats P. o. n. g. zum Oberpostdirektor in Straßburg i. E.

* Zablafener-Erhöhung. Der königliche Volkszeitung wird von gut unterrichteter Seite bestätigt, daß dem Reichs-tage als Kern der Finanzreform nicht die Gebührenerhöhung, sondern eine „recht gelagte“ Zablafenererhöhung vorgeschlagen soll, die auf einen Mehrbetrag von 50 bis 60 Millionen Mark jährlich ausgerechnet sei. Dazu wird der Reichs-tage mitgeteilt, daß die „Reite“ der königlichen Volkszeitung in diesem Falle nicht gut unterrichtet ist. Was dem Reichstage als Kern der Finanzreform unterbreitet werden soll, ist es überhaupt noch nicht fest. Daß der Bundesrat sich mit der Frage noch nicht befaßt hat, sollte man, was zu bezweifeln aber Grund vorliegt, auf eine Zablafenererhöhung kommen, so würde das Weivort „recht gelagte“ sicherlich nicht je fallen.

* Landesmedizinalräte. Nach der k. k. Volkszeitg. beabsichtigt die Regierung, bei jeder Landesversicherungsanstalt zwei Vertrauensärzte anzustellen, die die Anträge der Rentenerwärtiger und Antragsteller prüfen sollen. Diese beauftragten Ärzte sollen den Namen „Landesmedizinalräte“ erhalten. An der Landesversicherungsanstalt der Rhein-provinz sollen sie dem genannten Warte zufolge sogar schon ernannt sein. Von anderer Seite ist diese Vereinerlichung, die manches gegen sich, aber auch viel für sich haben würde, noch nirgends erwähnt worden.

* Auf gegenseitige Anerkennung der höheren Schulen in den Bundesstaaten. Die gegenseitige Anerkennung von Prüfungen und Zeugnissen der höheren Schulen der deutschen Bundesstaaten macht weitere Fortschritte. An der Medizinischen Hochschule zu Stuttgart ist für die Abreibung für Chemie einschließliche des Hüttenwesens und der Pharmazie eine neue Diplomprüfungsordnung erlassen worden. Die danach abgelegten Diplomprüfungen auf dem Gebiete der Chemie sind als gleichwertig mit den preussischen Prüfungen für Naturwissenschaften anerkannt worden. — Die preussische Regierung hat ferner mit dem kaiserlichen Staatsrat in Elsaß-Lothringen eine Erweiterung der gegenseitigen Anerkennung der von den preussischen Oberrealschulen und der von den Oberrealschulen in Elsaß-Lothringen ausgesetzten Reifezeugnisse vereinbart. An ihrer Vereinerlichung werden die Weisungen dieser Schulen unter der Voraussetzung vollständiger Gleichwertigkeit gleichgesetzt in Bezug auf das Studium und die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, die Staatsprüfungen im Hochbau, Baumgewerbe und Maschinenbau, auf die Fortbildungsinstituten und die Prüfungen für den Fortwärtungsbiennt, die Prüfungen für die lehrmäßigen Vertreter bei den Bergelohsbiennt.

* Eine Vermehrung der Anzahl der preussischen Lotterielose steht, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, zu erwarten. Es wird in derselben Weise wie zum Abschluß des zwischen Preußen und Westfalen bezug. Lübeck geschlossenen Ver-trages erfolgen. Durch diese Vermehrung der Lose und die dadurch bedingte Erhöhung des Spielkapitals müssen sich selbstverständlich die Gewinnsummen der preussischen Lotterie im Verhältnis zu denen anderer Lotterien immer günstiger gestalten, da jede Lotterie einen um so günstigeren Gewinn aufzustellen vermag, je größer ihr Spielkapital ist.

* Lotterieverträge zwischen Preußen und Oldenburg? Zu der Nachricht von einem bevorstehenden Lotterievertrage zwischen Preußen und Oldenburg, teilt man uns aus Berlin mit, daß von einer Stellungnahme Oldenburgs zu einem solchen Lotterievertrage bisher nichts bekannt ist.

* Von den Marianischen Kongregationen. Der Dziennik Ryn. veröffentlicht einen Erlaß, den der Regierungspräsident zu Posen am 22. Juni an alle Landräte seines Bezirkes be- richtet hatte. Der Wortlaut ist folgender:

„Bei Gelegenheit des ersten Generalkongresses der polnischen Marianischen Kongregationen, welcher Ende September v. J. in Warschau stattgefunden hat, ergab es sich, daß man dieselben nicht lediglich für eine religiöse und fröhlische oder humanen Zwecken dienende Gesellschaften halten kann, sondern vielmehr für solche, deren die Polen in außergewöhnlichem Maße zu nationalen Zwecken sich bedienen. Unter dem religiösen Mantel sollen sie dazu dienen, das ganze polnische Volk in allen den verschiedenen unteren und oberen Sphäre, und zwar der heiligen Maria, der geknechteten Königin und Patronin Polens, zu vereinnamen und zur Wiedereingeburt des ehemaligen polnischen Reiches vorzubereiten. Unter anderem wurde der nachstehende wichtige Beschluß gefaßt: Der polnische Marianische Kongreß stellt die lobenswerte Tätigkeit der Marianischen

